

Energie und Klima: Ökoplanwirtschaft beenden!

Staatliche Stromkostenverteuerung beenden
Die Stromkosten in Deutschland sind zu hoch und müssen gesenkt werden. Ökostromanlagen sollten keine weiteren Förderzusagen gemacht werden.

Klimaschutz geht günstiger
Anstelle der bisherigen kleinteiligen Regulierung sollte eine marktwirtschaftliche Klimapolitik treten. CO₂-Deckel für Hauswärme und Straßenverkehr sollten die bisherigen Instrumente ersetzen.

Umwelt: Ausgleich zwischen Ökonomie und Ökologie verbessern!

Im Vollzug des Umweltrechts weiter auf Kooperation statt Konfrontation setzen
Bei neuen Gesetzen und Verordnungen der EU, des Bundes und des Landes sollten Anliegen der Wirtschaft besser berücksichtigt werden gegenüber denen des Umwelt- und Naturschutzes.

Digitalisierung: Chancen des Internets der Dinge und Dienste nutzen!

Strukturwandel hin zur Gigabit-Gesellschaft konstruktiv begleiten
Die Digitalisierung der Wertschöpfungsprozesse und Arbeitsabläufe bietet große Chancen. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft müssen einen offenen Dialog über die gesellschaftlichen Folgen starten.

Tempo beim Breitbandausbau steigern
Spätestens 2025 sollten Gigabit-Infrastrukturen überall bedarfsgerecht geschaffen sein. Die Politik sollte Investitionsanreize setzen und fairen Investitions- und Infrastrukturwettbewerb sichern.

Arbeit: Arbeitskräfte mobilisieren!

Abschlagfreie Frührente beenden und längeres Erwerbsleben ermöglichen
Der Fachkräfte-Aderlass durch die abschlagfreie Rente mit 63 bzw. 65 muss umgehend beendet werden, um Standort und Finanzierbarkeit der Sozialsysteme zu sichern.
Um Gesundheit zu erhalten: freiwillige betriebliche Gesundheitsförderung durch Steuerfreibeträge unterstützen.

Beschäftigungsbarrieren abbauen: wie z.B. Wegfall sachgrundloser Befristung für erwerbswillige Ältere.

Arbeitslosengeld-II-Bezieher in Vollzeitarbeit
Das hessische Sozialministerium, das die kommunalen Jobcenter beaufsichtigt, muss dafür sorgen, dass die Jobcenter Langzeitleistungsbezieher systematisch in Vollzeitarbeit aktivieren.

Arbeitsrecht: Schnelle Arbeitsgerichtsbarkeit und flexibles Arbeitszeitgesetz!

Für zügige Entscheidungen in gerichtlichen Auseinandersetzungen
Eine schnelle Arbeitsgerichtsbarkeit muss zeitnahe Entscheidungen in den Auseinandersetzungen zwischen Unternehmen und Betriebsräten sichern. Zügige Festsetzung und zügige Erledigung der Güte- und Kammertermine über alle Instanzen hinweg!

Ein flexibles, familien- und unternehmensfreundliches Arbeitszeitgesetz im Bund durchsetzen
Über Bundesrat modernes flexibles Arbeitszeitgesetz, Anpassung der Mitbestimmung und gesetzliche Regelung des Arbeitskampfrechts anschieben.

Soziales: Gesamtsozialversicherungsbeitrag unter 40 % halten!

Rente: Aktive Generation nicht überfordern
Zusätzliche Leistungen wie die Mütterrente dürfen nicht aus Beiträgen finanziert werden. Die Nachhaltigkeitsformel darf nicht zulasten der Beschäftigten für höhere Renten verändert werden.

Gesundheitssystem: gut, aber zu teuer
Das Hessische Sozialministerium muss dafür sorgen, dass überflüssige Krankenhausstandorte geschlossen werden. Das spart Geld, verringert den Personalnotstand und steigert die Qualität.

Die **ausführliche Version** unserer Erwartungen finden Sie auf www.vhu.de oder direkt unter folgendem Link: <https://bit.ly/2K4pM5u>

 <https://twitter.com/VhUHessen>

Herausgeber
Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände e.V.
Emil-von-Behring-Str. 4
60439 Frankfurt am Main



UNSERE ERWARTUNGEN
AN DIE POLITIK IN HESSEN

Mehr Zukunft wagen! Der nächsten Generation bessere Chancen geben!

Wachstumsfreundliche Stimmung schaffen

Rahmen setzen und Infrastruktur bereitstellen

Generationenvertrag durch familienfreundliche Haltung sichern

Den Jungen durch gute Bildung richtigen Berufseinstieg ermöglichen

Solide Staatsfinanzen: Der nächsten Generation weniger Schulden und eine moderne Infrastruktur hinterlassen

Demografiefestes Sozialsystem: Älteren längeres Erwerbsleben ermöglichen

Günstiger Wohnraum, gute Verkehrsverbindungen und Ende der staatlichen Stromverteuerung

Unsere Erwartungen

Finanzen: Konsolidieren und investieren!

Mehr Generationengerechtigkeit

Hessen muss Steuermehreinnahmen u.a. zum Schuldentilgen und für höhere Rücklagen für Pensionen verwenden, damit Lasten nicht länger auf kommende Generationen verschoben werden.

Den Wirtschaftsstandort attraktiver machen

Land und Kommunen sollen ihre Investitionen in öffentliche Infrastruktur erhöhen und sobald möglich Grunderwerbsteuer, Gewerbesteuer und Grundsteuer senken.

Bildung: Individuelles Profil sowie duale Ausbildung stärken!

Mehr Profilbildung, alle Potenziale heben

Vielfalt und Qualität im Bildungswesen erfordern mehr Profilbildung, eine noch stärkere Professionalisierung und auch mehr Wettbewerb öffentlicher und privater Bildungseinrichtungen.

Um für die Fachkräftesicherung alle Potenziale zu heben, muss Bildung noch stärker auf jeden Einzelnen ausgerichtet werden. Frühkindliche Bildung eröffnet dabei die größten Chancen und Perspektiven.

Duale Ausbildung stärken und Gleichwertigkeit mit akademischer Bildung herstellen

Der Modellversuch zum erleichterten Hochschulzugang ist im Hochschulgesetz zu verankern, stärker zu bewerben und über den Bundesrat zum nationalen Standard zu machen.

Vollschulische Umgehungswege ohne berufliche Praxis sind zu reduzieren. Mehr Berufsschullehrer und eine bessere Ausstattung der Berufsschulen, vor allem digital, gehören zu den wichtigsten Aufgaben.

Wissenschaft: Qualität statt Masse!

Genügend Studienplätze, hohe Studienqualität

Neben der Versorgung mit Studienplätzen angesichts der anhaltend hohen Nachfrage benötigt der Wissenschaftsstandort Hessen im Wettbewerb vor allem eine hohe Qualität von Lehre und Forschung.

Digitalisierung nutzen, Forschung vernetzen

Die Chancen der Digitalisierung sind mehr zu nutzen, Standards für das Qualitätsmanagement zu entwickeln und wirtschaftsnahe Verbünde beim Forschungs- und Wissenstransfer auszubauen.

Wirtschaft: Wettbewerb schützen, Wachstum unterstützen!

Private Investitionen am Heimatstandort erleichtern

Um unseren Wohlstand zu erhalten, müssen die Betriebe mehr investieren. Eine effizientere Verwaltung, E-Government-Services, Bürokratieabbau und schnellere Genehmigungen sind nötig.

Wettbewerb auf Märkten schützen

Wo immer möglich ist Wettbewerb als Entdeckungsverfahren zu schützen. Wirtschaftsförderung muss technologieoffen sein. Der Vorrang „Privat vor Staat“ ist grundsätzlich zu gewährleisten.

Verkehr: Innovationen statt Verbote!

Investitionen in vernetzte Mobilität erhöhen

Verbote vermeiden! Nicht Verkehr an sich, sondern Lärm und Abgase sind durch Innovationen zu begrenzen. Investitionen in Straßen und Schienenwege sind zu erhöhen

Planungskapazitäten langfristig ausbauen

Um wichtige Verkehrsprojekte schneller zu realisieren, muss das Land höhere Planungskapazitäten in den Verkehrsbehörden sicherstellen und sich für vereinfachte Planungsprozesse einsetzen.

Bau: Mehr günstiger Wohnraum!

Mehr Bauland ausweisen

Das Land sollte die Kommunen unterstützen, mehr Bauland auszuweisen, damit das Wohnungsangebot steigt. Das dämpft die Preise. Und erleichtert den Betrieben, neues Personal zu finden.

Bauvorschriften entrümpeln

Das Land sollte sich in der Energieeinsparverordnung, im Baurecht und in kommunalen Satzungen für Deregulierung einsetzen.